

Stellungnahme des 12. Landesschülerbeirats Baden- Württemberg zu den Ergebnissen der Jugendstudie

Joachim Straub, Juliana Eusebi, Vanessa Gärtner, Robin Gassmann, Benjamin Wasmer, Florian Kieser

Der Landesschülerbeirat (LSBR) betrachtet die Jugendstudie 2017 nicht nur in ihrer Aussagekraft, sondern auch in ihrer Durchführung als ein einzigartiges Gemeinschaftsprojekt. In Zusammenarbeit mit der Jugendstiftung Baden-Württemberg und dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport konnte der Landesschülerbeirat eine groß angelegte Umfrage durchführen, die auf repräsentativer Grundlage die Lebenssituation, das Verhalten, die Wünsche und die Interessen der jungen Generation zwischen 12 und 18 Jahren widerspiegelt. Neben der eigentlichen Erhebung der Daten ist nun in besonderer Weise die inhaltliche Analyse und Interpretation, also die Frage nach Ursache und Wirkung, von zentraler Bedeutung. Auf dieser Grundlage sollten politische Entscheidungen und Handlungsempfehlungen erfolgen, welche erkennbar auf die erschlossenen Problematiken eingehen. Ist dies nicht der Fall, so kann der Sinn einer solchen Erhebung zumindest infrage gestellt werden.

Der Landesschülerbeirat (LSBR) ist in Fragen des Erziehungs- und Bildungswesens offizielles Beratungsgremium des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport und die Interessenvertretung der 1,5 Millionen baden-württembergischen Schülerinnen und Schüler. Aus dieser Funktion heraus und als Projektpartner dieser Umfrage nimmt er Stellung zu den einzelnen Ergebnissen.

Partizipation ausbauen!

Baden-Württembergs Schülerinnen und Schüler müssen die Möglichkeit haben, sowohl ihre Schule als auch den Unterricht aktiv mitzugestalten. Hierzu müssen sie auch mehr über ihre Rechte erfahren.

Wie es in Artikel 21 Absatz 1 der Landesverfassung von Baden-Württemberg festgeschrieben ist, soll jeder Schüler und jede Schülerin in der Schule die nötigen Fähigkeiten erlernen, um sich später als mündiger Bürger am politischen Geschehen aktiv beteiligen zu können. So sollen die Schüler insbesondere in der Schule mit der Demokratie und ihren Werten in Berührung kommen. Hierbei ist wichtig, dass diese jedoch nicht nur theoretisch erlernt, sondern ebenfalls in der Schule aktiv gelebt werden.

Aus diesem Grund findet es der Landesschülerbeirat sehr schade, dass nur 45 Prozent der Schülerinnen und Schüler das Gefühl haben, den Alltag an ihrer Schule ein Stück weit mitgestalten zu können. Ebenfalls ist es sehr bedauerlich, dass diese Form der Partizipation

nur bei zwei Drittel aller Lehrkräfte gut ankommt. Folglich wünschen sich die Landesschülerbeiräte, dass mehr Partizipationsmöglichkeiten geschaffen werden, die von essenzieller Bedeutung für die praktische Demokratieerziehung sind. Zudem muss die Mitgestaltung der Schüler auch von Seiten der Lehrer und Eltern aktiv gefördert und anerkannt werden.

Die Schülermitverantwortung (SMV) stellt hierbei ein zentrales Element für die Partizipationsmöglichkeiten der Schüler dar, da hier die Schülerschaft erstmals in Kontakt mit einer eigenen, demokratisch legitimierten Interessenvertretung in Berührung kommt und die Möglichkeit besitzt, Vertreterinnen und Vertreter - also die Klassensprecherinnen und Klassensprecher - zu wählen, die ihre Interessen vertreten. Darüber hinaus kann sich jede Schülerin und jeder Schüler in der SMV für die Schulgemeinschaft engagieren, was bereits heute jede dritte Schülerin bzw. jeder dritte Schüler macht. Dies zeigt, von welcher hohen Bedeutung SMV-Arbeit für viele Schülerinnen und Schüler ist, die sich hier ehrenamtlich engagieren.

Leider ist jedoch festzustellen, dass sich immer weniger Lehrkräfte bereit erklären, die Aufgaben eines Verbindungslehrers zu übernehmen. Infolgedessen kommt es oftmals zum Stillstand der SMV-Arbeit an einer Schule. Denn ohne Verbindungslehrer gibt es auch in der Regel keine SMV. Deshalb hat das Land dafür Sorge zu tragen, dass die gute Arbeit, die Baden-Württembergs Verbindungslehrer leisten, auch entsprechend gewürdigt wird und durch verbindliche Deputatsstunden Anreize gesetzt werden, dieses sogar im Schulgesetz verankerte Amt zu übernehmen.

Damit die Stärkung der Partizipationsmöglichkeiten wirksam ist, wünscht sich der Landesschülerbeirat ebenfalls, dass die Schülerschaft über ihre Rechte besser und umfangreicher informiert und aufgeklärt wird. Denn nur wenn die Schüler diese kennen, können sie diese auch wahrnehmen und einfordern. Insbesondere an Gymnasien und Realschulen sieht der LSBR hier noch einen großen Nachholbedarf. Aus diesem Grund fordert der LSBR, dass die schulischen Rechte der Schüler ebenfalls verbindlich im Rahmen des Fachs Gemeinschaftskunde behandelt werden.

Ein Großteil der Schülerinnen und Schüler kann bei der Gestaltung des Unterrichts weder mitbestimmen noch seine Meinung äußern. Nicht mal jeder zweite Schüler wird überhaupt über die Gestaltung des Unterrichts von seinem Lehrer ausreichend informiert. Dabei ist die Mitwirkung und -gestaltung des Unterrichts durch die Schüler aus Sicht des Landesschülerbeirats enorm wichtig, da sie ein Garant von Unterrichtsqualität darstellt. Denn wenn die Schüler den Unterricht mitgestalten können, macht ihnen dieser mehr Spaß und die Schüler nehmen auch aktiver an diesem teil. So geben auch rund 75 Prozent aller Schüler an, dass sie es interessant finden, wenn der Unterricht von Schülern gestaltet wird. Zudem sind es die Schülerinnen und Schüler, bei denen der Stoff letztendlich ankommen muss, weshalb sie am besten wissen, in welcher Art und Weise der Stoff vermittelt werden sollte.

Gerade deshalb muss das Thema Feedback und Umgang mit Kritik besser in der Lehreraus- und Lehrerfortbildung thematisiert werden. Zur Verwirklichung sollen Evaluationsbögen mit anschließender Nachbesprechung verbindlich für jede Lehrerin und jeden Lehrer werden. Denn 21 Prozent der Schülerinnen und Schüler geben an, dass sie ihren Lehrerinnen und Lehrern nicht sagen können, was ihnen am Unterricht des Lehrers gefällt bzw. nicht gefällt.

Zur Stärkung einer zukunftsfähigen demokratischen Gesellschaft gehört die Schaffung von Politikinteresse, welches essentiell für das Gelingen einer Demokratie ist. So kritisiert der Landesschülerbeirat, dass politisches Interesse bei Baden-Württembergs Schülerinnen und Schülern nahezu nicht vorhanden ist (3%) und wünscht sich eine Stärkung der Demokratiebildung an Schulen durch eine Kräftigung des Gemeinschaftskundeunterrichts an Schulen.

In diesem Zusammenhang möchte der Landesschülerbeirat nochmals ausdrücklich auf die Einführung einer eigenständigen Leitperspektive „Demokratieerziehung“ hinweisen, durch welche die demokratischen Werte in allen Fächern implementiert sowie aktiv praktiziert würden. Schließlich muss der hohe Stellenwert, den die Demokratie in unserer Gesellschaft einnimmt, aus Sicht des LSBR auch in der Schule und im Unterricht ausreichend Anklang finden.

Ehrenamt stärken!

Das ehrenamtliche Engagement der Schülerinnen und Schüler bedarf deutlich einer stärkeren Anerkennung durch die Schulen und die Gesellschaft.

Den Landesschülerbeirat freut es sehr, dass sich rund ein Drittel aller Schülerinnen und Schüler ehrenamtlich engagieren. Denn durch die Ausübung von ehrenamtlichem Engagement setzen sich die Jugendlichen über ihre Pflicht hinaus, freiwillig für die Gesellschaft ein und tragen damit maßgeblich zur Vielfalt unserer Gesellschaft bei. Sie erlernen dabei wichtige methodische und soziale Kompetenzen, die sie im Rahmen des regulären Schulunterrichts nicht erlernen würden; Kompetenzen, die sowohl für das Erwachsenwerden als auch für das spätere Berufsleben äußerst wichtig sind und welche die Schüler vor allem in ihrem späteren Leben weiterbringen. Hierbei gaben sogar mehr als die Hälfte der Schüler an, dass sie ihr Ehrenamt auch gerade wegen des zusätzlichen Kompetenz- und Wissenserwerbs sowie dem Kontakt mit anderen Engagierten ausführen. Ebenfalls macht mehr als Dreiviertel der Schüler das Engagement einfach Spaß.

Der Landesschülerbeirat betrachtet jedoch mit großer Sorge, dass sich im Vergleich zur Jugendstudie 2015 insgesamt weniger Schülerinnen und Schüler ehrenamtlich engagieren. Während im Jahr 2015 noch 35 Prozent der Schülerinnen und Schüler angeben, sich ehrenamtlich zu engagieren, sind es in der vorliegenden Studie nur noch 31 Prozent. Aus Sicht des Landesschülerbeirats lässt sich dieser Rückgang darauf zurückführen, dass das ehrenamtliche Engagement noch nicht überall ausreichend Beachtung findet. So geben rund 18 Prozent der engagierten Schüler an, dass sie für ihr ehrenamtliches Engagement in der Schule keine Anerkennung erfahren. Darüber hinaus erklären rund 17 Prozent der engagierten Schülerinnen und Schüler, aufgrund ihres Engagements innerhalb der Schule sogar Nachteile zu erleiden. Oftmals müssen sich diese wegen der Ausübung ihres Ehrenamts gegenüber ihren Lehrern und der Schulleitung rechtfertigen oder erhalten beispielsweise schlechte mündliche Noten.

Für die Mitglieder des Landesschülerbeirats darf das Ehrenamt niemals zu einem einfachen Rechtfertigungsgrund degradiert oder gar sanktioniert werden, sondern muss aktiv gefördert und anerkannt werden. Deshalb ist es dem LSBR ein großes Anliegen, dass das Engagement jedes Schülers und jeder Schülerin innerhalb der Schule endlich entsprechend anerkannt und gefördert wird.

Bildungsgerechtigkeit ausbauen!

Die Chancen im Bildungssystem dürfen nicht abhängig von sozialer Herkunft, kulturellem Umfeld und den finanziellen Möglichkeiten der Eltern sein.

Mit Sorge beobachtet der Landesschülerbeirat die starke Ungleichverteilung der Schularten, die die Schülerinnen und Schüler besuchen, abhängig von der familiären Herkunft der Eltern.

Wie bereits die vorangehenden Jugendstudien zeigen, liegt die Chance, dass ein Kind das Gymnasium besucht, wenn ein oder zwei Elternteile in Deutschland geboren sind, wesentlich höher, als wenn beide Eltern nicht in Deutschland geboren sind. Im Umkehrschluss ist die Wahrscheinlichkeit eine Haupt-/ Werkrealschule zu besuchen vierfach so hoch, wenn keiner der beiden Elternteile in Deutschland geboren ist. Hier sieht der Landeschülerbeirat dringenden Handlungsbedarf.

Auf der anderen Seite ist der Landeschülerbeirat sehr erfreut darüber, dass rund 90 Prozent der Schüler, deren Eltern beide nicht in Deutschland geboren wurden, zuhause zumindest teilweise Deutsch sprechen. Damit werden mehrheitlich bereits im Elternhaus die Grundlagen für eine sprachliche Integration gelegt. Eine weitere Chance die Bildungsgerechtigkeit zu stärken, sieht der LSBR in der offenen Form der Ganztagschulen.

Medienbildung vorantreiben!

Alle Schülerinnen und Schüler sollen den frühen und sicheren Umgang mit Medien und sozialen Netzwerken im Unterricht erlernen können.

Da sich 86 Prozent der Jugendlichen in sozialen Netzwerken bewegen und diese einen deutlich Einfluss auf den Lebensalltag der Schülerinnen und Schüler haben, fordert der Landeschülerbeirat einen medialen Ausbau des Unterrichts und die damit verbundene Aufklärung der Schülerinnen und Schüler zum Thema Medien und soziale Netzwerke. So begrüßt der LSBR ausdrücklich die Verankerung des Themas Medienbildung als eigenständige Leitperspektive im Bildungsplan für die allgemeinbildenden Schulen und erhofft sich daraus eine stärkere und fortschreitende Nutzung der Medien im Unterricht.

Aufgrund der Tatsache, dass bereits rund 80 Prozent der Zwölf- bis Vierzehnjährigen in den sozialen Netzwerken und dem Internet aktiv sind, befürwortet der Landeschülerbeirat eine angemessene Heranführung an digitale Medien bereits in der Primarstufe. Zudem muss allerdings auch die Politik entsprechende Ausstattung und Lehrerfortbildungen bereitstellen. Nur dadurch können die Schülerinnen und Schüler ordnungsgemäß unterrichtet werden und flächendeckend Medienbildung genießen. Der Landeschülerbeirat begrüßt hier den Ausbau der Tablets an Schulen und das praktische Erlernen der Unterrichtsinhalte mit Medien.

Die Behandlung von Themen wie Medienethik und der persönliche Umgang im Internet spielt beim Erlernen dieser Fertigkeiten ebenso eine essentielle Rolle. Während hier insbesondere die Gymnasien und Gemeinschaftsschulen gute Arbeit leisten, sieht der Landeschülerbeirat bei den Haupt-, Werk- und Realschulen noch Ausbaubedarf.

Rhetorische Fähigkeiten sind bei der Mediennutzung von erheblicher Bedeutung. So fordert der Landeschülerbeirat, die rhetorischen Fähigkeiten zu fördern, um den Schülerinnen und Schülern Präsentationen und Referate, die sich inzwischen zu zentralen Unterrichtsbestandteilen entwickelt haben, zu erleichtern. Dadurch erhalten die Schülerinnen und Schüler bessere Voraussetzungen, um Unterrichtsthemen selbst vorzubereiten und ihrer Klasse vorzustellen.

Berufsorientierung fördern!

Die Schülerinnen und Schüler müssen effektiver und vielfältiger über ihre Berufswahlmöglichkeiten informiert werden.

Obwohl Berufsorientierung bereits an allen Schularten fest verankert ist, sehen hier rund zwei Drittel der Gymnasiasten sowie die Hälfte der Realschüler erheblichen Nachholbedarf. Aus diesem Grund wünscht sich der Landesschülerbeirat eine kritische Reflexion der momentan stattfindenden Berufsorientierung und auf dessen Grundlage eine entsprechende Adaption.

Der LSBR begrüßt deshalb ausdrücklich die Neukonzeption des Leitfadens für Berufsorientierung am Gymnasium und erhofft sich hieraus eine größere Unterstützung der Schülerinnen und Schüler bei ihrer Berufswahl.

Darüber hinaus verspricht sich der Landesschülerbeirat durch die Einführung des Unterrichtsfaches „Wirtschaft, Berufs- und Studienorientierung“ eine effektivere und vielfältigere Beratung der Schülerinnen und Schüler bei ihren Berufswünschen und Zielen.

Aus Sicht des LSBR ist auffällig, dass sich rund 33 Prozent der männlichen Jugendlichen in technischen Berufen sehen; hingegen nur rund 5 Prozent der weiblichen ihren Berufswunsch hier ansiedeln. Genau das Gegenteil ist jedoch bei den sozialen Berufen der Fall: in diesem Bereich sehen nämlich rund 34 Prozent der weiblichen Jugendlichen ihren zukünftigen Beruf, während es bei den männlichen Jugendlichen nur rund 8 Prozent sind. Deshalb ist es in der Schule unerlässlich, dass auf der einen Seite sowohl die Attraktivität der MINT-Fächer für Frauen erhöht wird, als auch auf der anderen Seite Anreize für Männer gesetzt werden, später einen Beruf aus dem sozialen Bereich zu wählen.

Außerdem ist es dem LSBR wichtig, dass die Schüler einen umfassenden Einblick in verschiedene Berufsfelder erlangen. Hierzu sind ausreichende und vielfältige Möglichkeiten für Praktika unerlässlich.

Darüber hinaus fallen große Defizite beim Vergleich von Schulwahlverhalten und angestrebtem Abschluss auf. So strebt inzwischen fast jeder vierte Gymnasiast eine Ausbildung an. Diese Tatsache erfordert dringend eine Anpassung des Gymnasiums an die Berufswünsche seiner Schülerschaft. Schülerinnen und Schüler am Gymnasium sollen deshalb auch ausreichend auf mögliche Ausbildungsberufe hingewiesen werden.

Zudem möchte der Landesschülerbeirat anmerken, dass in unserem Bildungssystem unbedingt eine hohe Durchlässigkeit gewährleistet sein muss. Jedem Schüler müssen unabhängig von seiner besuchten Schulart grundsätzlich alle Berufs- und Bildungswege offen stehen.

Der Landesschülerbeirat findet es zudem erfreulich, dass viele Realschüler eine weiterführende Schule anstreben und die Gemeinschaftsschüler ein starkes Interesse aufweisen, ein Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) zu absolvieren. Ebenso positiv sieht es der LSBR, dass sich jeder Dritte Schüler auf dem Gymnasium einen Auslandsaufenthalt vorstellen kann.

Weltanschauung entwickeln!

Starker Zusammenhalt trotz kultureller und sozialer Unterschiede.

Mittlerweile ist mehr als jedes fünfte jugendliche Klassenmitglied nicht mehr in Deutschland geboren. Folglich kommt es bei den Jugendlichen zu einer Vielfalt von Kulturen und Weltanschauungen, welcher der Landesschülerbeirat ausdrücklich als Bereicherung sieht. Den LSBR erfreut die Tatsache, dass der Großteil der Jugendlichen (71%) einen bunt gemischten Freundeskreis mit unterschiedlichen kulturellen Wurzeln hat.

Leider wachsen jedoch auch Vorurteile gegenüber anderen Religionen in der Gesellschaft. So können sich rund 10 Prozent der Befragten keinen bunt gemischten Freundeskreis vorstellen. Der LSBR fordert hier mehr Offenheit und Toleranz gegenüber anderen Kulturkreisen und Anschauungen, die in der Schule vermittelt und gelebt werden. Aus diesem Grund freut sich der Landesschülerbeirat, dass die Leitperspektive "Akzeptanz und Toleranz von Vielfalt" in den Bildungsplänen der allgemeinbildenden Schulen implementiert wurde und erhofft sich hieraus eine noch größere Weltoffenheit unter den Schülern.

Allen Schülerinnen und Schülern soll über ihre gesamte Schulzeit hinweg, die Möglichkeit gegeben werden, sich intensiv mit gesellschaftlichen Werten und Normen auseinanderzusetzen und ihr eigenes Handeln und dessen Bedeutung zu reflektieren. Aus diesem Grund ist Ethikunterricht ab der ersten Klasse unerlässlich. Hierbei sind den Schülern Kenntnisse zu Werten und Normen wie Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechte zu vermitteln, die ihnen die Grundlagen für ihre persönliche Weltanschauung liefern.

Freizeit gestalten!

Freizeitaktivitäten genießen bei Jugendlichen einen hohen Stellenwert und müssen deshalb vermehrt ausgebaut werden.

Freizeitbeschäftigung ist für die Jugendlichen neben der Schule von größter Wichtigkeit. Jedoch sieht der Landesschülerbeirat noch Verbesserungsbedarf vor allem bei den schulischen Freizeitangeboten. So werden diese von 86 Prozent höchstens einmal monatlich genutzt, was aus Sicht des LSBR steigerungsfähig ist.

Deshalb wünscht sich der LSBR, dass die Freizeitangebote an den Schulen noch attraktiver und vielfältiger gestaltet werden. Dabei sollen insbesondere die begehrten Sport- und Bewegungs- sowie die Medienangebote ausgebaut werden, damit die unterschiedlichen Interessen der Schülerschaft ausreichend berücksichtigt werden.

Eine Veränderung im Bereich der Freizeitmöglichkeiten kann insbesondere für den Erfolg von Ganztagschulen von entscheidender Bedeutung sein. Hier sollen, um den Freizeitinteressen der Jugendlichen gerecht zu werden, Vereine als außerschulische Kooperationspartner in Ganztagschulen - insbesondere in die Ganztagsgrundschulen - mit eingebunden werden. So werden die Angebote der Vereine von 64 Prozent der Jugendlichen mehrmals wöchentlich wahrgenommen und genießen daher einen hohen Stellenwert unter den Jugendlichen. Mit 85 Prozent werden vor allem Angebote von Sportvereinen gerne genutzt, was auch verdeutlicht, dass aktive Betätigung und Gesundheit im Leben der Jugendlichen wichtige Faktoren darstellen.